

dung nach ihrer Gründung für die gleiche Politik der von ihr angeführt bekämpften Führung der SPD.

Aber die Arbeiter der SAP haben das nicht mitgemacht. Und das allein macht diese Urabstimmung politisch wichtig.

Die sozialdemokratische Presse hat völlig recht, heute mit Seydewitz-Fitzlata die Sendewitz-Partei zu schlagen. Dort, wo die Seydewitz und Rosenfeld allein politisch entscheiden, dort entscheiden sie heute noch genau so, wie sie innerhalb der SPD entschieden haben, für die Tolerierungspolitik, für die Politik des Verrats an den Interessen der Arbeiterklasse, jene Arbeiter aber, die den Seydewitz und Rosenfeld bei ihrer unfreiwilligen Trennung von der SPD gefolgt sind, weil sie hier eine neue Plattform proletarischen Klassenkampfes vermuteten und erhofften, lassen sich bereits nicht mehr so leicht betrügen, weil sie es innerhalb der SPD sich immer und immer wieder von den „linken“ Führern gefallen ließen. Sie erklären sich offen gegen die Führer ihrer neuen Partei und es kommt nur darauf an, diesen Prozeß der Loslösung mit allen Mitteln zu beschleunigen und zu fördern, um diese Arbeiter in die entschlossene revolutionäre Front unter Führung der KPD einzugliedern, zu der sie aus ihrem proletarischen Klasseninstinkt heraus, wenn auch oft noch unbewußt, hindrängen.

Die Tatsache aber, daß die SPD-Presse diese SAP-Arbeiter — denn nur gegen sie und nicht gegen die Führung der SAP richten sich in Wahrheit diese Verleumdungen — mit denselben Lügen beschimpft wie die kommunistischen Arbeiter, das ist es, was nicht nur den SAP-Arbeitern, sondern auch den Arbeitern innerhalb der SPD zu denken geben muß. So recht wie die SPD-Presse damit hat, den Seydewitz und Rosenfeld ihre Verlogenheit vorzumachen, so wenig recht hat sie vor der Öffentlichkeit den Verrat an der Arbeiterklasse zu sprechen dort, wo sich die Arbeiter gegen die Tolerierungspolitik, diesem schlimmsten Verrat am Proletariat und für die proletarische Einheitsfront erklären.

Wir verstehen die Mut der SPD-Presse sehr gut. Die Herren vom Parteivorstand sind unzufrieden mit der Art, wie die zentralistischen Spalter, die objektiv im Ausitztag und im Interzelle des Parteivorstandes der SPD die neue Kampfpartei gründeten, mit dem einzigen Ziel, die rebellierenden SPD-Arbeiter vom Weg in die rote Klassenfront abzuhalten, die ihnen übertragene Aufgabe erfüllen. Die Seydewitz und Rosenfeld können diese Aufgabe bereits nicht mehr erfüllen und wo sie es versuchen, gehen die sozialdemokratischen Arbeiter über sie hinweg ins Lager der roten Klassenfront.

Dieser Vorgang hat die entscheidende politische Bedeutung auch für die Entwicklung der Arbeiter, die heute noch in der SPD stehen. Keine noch so gerissene Demagogie ihrer Führung

27 Galgen in Bilsudski-Polen

Warschau, 4. Dezember. Bilsudski Standgerichte haben das 27. Todesurteil gefällt: In Grodno wurden am Donnerstag zwei Weiharzen, Lusak und Goncezar, unter der Beschuldigung der „Spionage für Sowjetrußland“ zum Tode durch den Strang verurteilt. Das Urteil wurde am Freitagmorgen vollstreckt.

Die zwei Tagelöhner von Tomaszow, Jan Malecki und Stefan Jankowski, die vom Standgericht wegen Teilnahme an einer Demonstration zur Verteidigung der Sowjetunion zum Tode verurteilt worden sind, schweben in höchster Lebensgefahr.

kann sie auf die Dauer abhalten, den gleichen Weg zu gehen, wie ihn jetzt die Arbeiter der SAP in der Frage des roten Volksbegehrens, im Kampfe nicht nur gegen die SPD-Führung, sondern auch gegen die Führung der SAP gegangen sind.

Die rote proletarische Einheitsfront ist auf dem Marsch. Wie sehr die Bourgeoisie diese Einheitsfront fürchtet, dafür ist der noch folgende Angriff der „Berliner Börsen-Zeitung“, den sie anlässlich des Einheitsfrontappells unserer Partei an die SPD-Arbeiter ausstößt, der beste Beweis. Das Blatt schreibt:

„Immer wieder wird die Brüderlichkeit des Kampfes hervorgehoben und die sozialdemokratischen Arbeiter werden aufgefordert, in gemeinsamen Kampfausschüssen und in gemeinsamen Erwerbslosenvereinen die Einheitsfront durchzuführen. Gleichzeitig wird der Ausbau „gemeinsamer Schutzklassen aus Arbeitern aller Richtungen“ gefordert. Wir haben schon vor einigen Tagen den Beweis erbracht, daß in zahlreichen Orten, besonders in Braunschweig, diese Schutzklassen unter Beteiligung von Kommunisten und Reichsbannerleuten bereits in Tätigkeit sind.“

Jawohl, diese Einheitsfront markiert und sie wird steuern, allen verzweifeltsten Versuchen der Verräter an der Arbeiterklasse, allen Quertreibereien der SPD- und SAP-Führung zum Trotz.

Die SAP-Arbeiter gehen zum roten Volksbegehren. Aber auch die SPD-Arbeiter werden entgegen den Beschläffen ihrer Führung sich in diese Front einreihen. Die Beteiligung am roten Volksbegehren ist freilich nur ein erster Schritt. In den Betrieben im Kampfe gegen Lohnraub, in Stadt und Land im Kampfe gegen den Wortschismus, auf den Stempelstellen der Erwerbslosen, im Kampfe gegen den Unterstützungsraub, so schließlich die einzige antifaschistische und antikapitalistische Partei des Proletariats, die KPD, die proletarische Einheitsfront gegen Rot und Reaktion.

„Lieber heute als morgen die Nazis“

Neue Etappe des Klassenberrats der Sozialfaschisten. Hitlerkoalition „kleineres Lieber“

Der Vorwärts, das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei, bereitet offen die Beteiligung der Nationalsozialisten an der Regierung und die Unterstützung dieser Regierung durch die Sozialdemokratie vor.

In seiner Donnerstagsmorgenausgabe schreibt er folgendes: „Bestände die Sicherheit, daß die Nationalsozialisten die Spielregeln der Demokratie, nach denen sie zur Macht kommen wollen (in Form einer Koalition mit dem Zentrum, d. Red.), auch beachten werden, wenn sie an der Macht sind, dann wären wir alle bereit, sie lieber heute als morgen an die Regierungsmacht heranzulassen.“

Also lieber heute als morgen ist die SPD bereit, Hitler zu tolerieren.

Nach Breitscheldts Ankündigung der Bereitschaft der SPD zur Tolerierung einer Hitler-Koalition nach Tarnows Vorschlag, die Nationalsozialisten an die Macht zu lassen, hat damit der „Vorwärts“ offiziell im Namen der Sozialdemokratie das nächste „kleinere Lieber“, nämlich die Koalition Hitler-Brüning, das Objekt der Tolerierungspolitik der SPD entdeckt und festgelegt. Monatslang haben die SPD-Führer den Arbeitern erzählt, man müsse Brüning unterstützen, um zu verhindern, daß die Nazis an die Regierung kommen. Jetzt geht die Wende der sozialistischen

Vertreter einen Schritt weiter und versucht die sozialdemokratischen Arbeiter auch auf die Tolerierung Hitler-Brüning vorzubereiten.

Darüber hinaus versucht der „Vorwärts“ die Arbeiter und die Kampfbereitschaft der Arbeiter gegen den Faschismus dadurch einzuschärfen, daß er die falschlische Gefahr demagogisch kleinert. Er schreibt:

„Die falschlische Gefahr ist keine dauernde. Die falschlische Gefahr liegt das Schicksal bevor, das alle Bewegungen eines durch Wirtschaftskrisen radikalisierten Mittelstandes haben: Enttäuschung und Zerfall.“

Was schreiben die falschlischen SPD-Führer in ihrem Kampfe gegen den Volksentscheid der KPD? In der Dresdener Volksfront vom Montag, dem 30. November, konnte man folgendes lesen:

„Daher auch nicht mißbrauchen zu einem freiwilligen Weiderkampf mitten im Entscheidungskampfe mit dem Faschismus. Verweigert der verbrecherischen Partei die SPD-Führer „Kämpfen gegen Faschismus“ und

Die sozialdemokratischen Arbeiter aber kämpfen mit den kommunistischen Klassenbrüdern gemeinsam gegen die rote Mordpest und für das rote Volksbegehren.“

Ein Freibrief für Nazis

Arbeitermörder freigesprochen!

21 Arbeiter von der braunen Mordpest in Hagen niedergeschossen. Staatsanwalt klärt: Nazis „befanden sich in Notwehr“. Nazis auch im Euthra-Prozeß freigesprochen

Hagen i. Westf., 5. Dez. (Eig. Meld.)

Im hiesigen großen Nazimordprozeß wurde heute das Urteil gefällt, das überall stammende Empörung hervorzurufen wird. Bekanntlich wurden im Juni in Hagen 21 Menschen von einer schwerbewaffneten Nazigruppe nach endgültiger Hagener Faschistenkundgebung niedergeschossen. Drei Arbeiter wurden dabei getötet, 12 schwerverletzt und 6 leicht verletzt. Die Beweise waren so erdrückend, daß selbst die Staatsanwaltschaft Gefängnisstrafen bis 6 Jahren für jeden Angeklagten beantragen mußte.

Und das Urteil des Gerichts:

Die Hauptangeklagten Albrecht und Lampe wurden von der Anklage des dreimalig vollendeten Totschlages und des versuchten Totschlages in 12 Fällen freigesprochen. So wurden lediglich wegen unbefugten Waffenbesitz und Mißbrauch Albrecht zu ganzen 9 Monaten und Lampe zu 7 Monaten Gefängnis, die anderen Angeklagten zu je 7 Monaten verurteilt und einer sogar freigesprochen.

Damit noch nicht genug. Die Untersuchungshaft für alle Angeklagten wird voll angeordnet. Die Haftbefehle für sämtliche Angeklagten aufgehoben. Das Gericht erklärte:

„daß äußerste Notwehr vorgelegen habe“.

Auch in der Berufungsverhandlung des Euthra-Nordprozeßes, der jetzt in Leipzig abgeschlossen ist, wurden die nationalsozialistischen Arbeitermörder freigesprochen.

Bekanntlich kam es anlässlich der Landpropaganda der antifaschistischen Jungen Garde Leipzigs, während der sächsischen Landtagswahl 1930 in Euthra zu einem blutigen Nordüberfall der Nazibanden, die schwer bewaffnet und in großer Uebersahl gegen die Antifaschisten vorgehen.

Dabei wurde der junge Antifaschist Franke in bestialischer Weise ermordet.

In dem Prozeß gegen die nationalsozialistischen Mörder wurden dieselben freigesprochen und nur die Antifaschisten zu langen Gefängnisstrafen verurteilt.

Gegen dieses Urteil wurde von den Antifaschisten Einspruch erhoben, aber in der Berufungsverhandlung wurden wiederum nur die Antifaschisten verurteilt und die Nazibanden freigesprochen.

Diese beiden Prozesse gegen falschlische Arbeitermörder zeigen wiederum einmal wie die Klassenjustiz falschlische Mordtaten „löshnt“. Gegen die braunen Mordbanden muß die antifaschistische Einheitsfront aller Werktätigen hergestellt werden. Schafft Schutzklassen gegen den Faschismus in den Betrieben und in den Häuserblöcken.

Nur die wehrhafte antifaschistische Einheitsfront kann die Provokation der Nazis zurückstoßen.

SPD lehnt Reichstagsantrag ab

Berlin, 5. Dez. (Eig. Meld.)

In der gestrigen Sitzung des Reichstages wurde der kommunistische Antrag, den Reichstag zum 7.

Dezember einzuberufen von allen Brüningparteien einschließlich der SPD abgelehnt.

Daß die Sozialdemokraten für Brüning stimmen wollten, stand von vornherein fest. Nach diesem Niederwerg gegen sozialdemokratische Abgeordnete demütigt zu Brüning, um anzusehen, er möchte doch die Notverordnung „erträglich“ machen. Brüning erwiderte fast, endgültige Beschlüsse über die Verordnung seien noch nicht gefaßt, er löste darum auch der Sozialdemokratie nicht verhandeln. Wie geprügelte Jungen schlichen die SPD-Führer wieder hinaus.

Die Ablehnung der Reichstagsberufung durch die SPD-Führer ist eine glatte Aufmunterung für Herrn Brüning. Die Weigerung mit den SPD-Vertretern zu verhandeln, zeigt sich genug, daß sich Brüning der Unterstützung durch die Kommunisten und die SPD-Arbeiter! Ist das eure Wille? Jene Tolerierungspolitik! Bildet die rote Einheitsfront mit den kommunistischen Partei!

SPD-Minister weiß Antifaschisten an

Der von den Sozialdemokraten nach anhen hin so hoch gefeierte italienische sozialistische Antifaschistenkämpfer Biondini ist von dem badiischen sozialdemokratischen Innenminister ausgesprochen worden. Diese Ausweisung erfolgte auf Wunsch der Mussolini-Vertretung.

Ein Sturm der Empörung wird unzweifelhaft durch die Nachricht bei den ehrlichen SPD-Arbeitern ausgelöst werden, aber können sie noch denken den unüberwindlichen Kampf gegen sich und den SPD-Staatsanwaltschaften, herrschenden Klasse demonstrieren? Die Ausweisung italienischen Antifaschisten-Kämpfers durch einen SPD-Minister reiht ein neues Blatt ein in die Geschichte der Schmach und Schändung des Sozialismus durch die SPD-Führer!

Nazis „kämpfen“ gegen Schick Sein Wunsch ist Befehl!

Im „Freiheitstempel“ vom Donnerstag, dem 3. Dezember lesen wir in einer großen Schlagzeile:

„Einem Wunsche des sächsischen Justizministers folgend, wird Dr. Wolf, Darmstadt, Redner für die Kundgebung zurückgezogen.“

Wenn das sächsische Innenministerium den Wunsch spricht, daß der Putzschablonenmaler Dr. Wolf in Chemnitz nicht predigen soll, so kommen die Naziführer, die Kiliński, Studentowski und Konforten, dem Wunsche des Justizministeriums sofort nach.

So „kämpfen“ die Nazis gegen Schick.

Nazi-Zerlegungsarbeit in der Thüringer Schupo

Die heutige Landtagssitzung brachte sensationelle Enthüllungen der kommunistischen Fraktion über die Zerlegungsarbeit der Nazis bei der thüringischen Schupo. In Göttingen haben Polizeioffiziere verhindert, daß verhafteten Nazis Waffen abgenommen wurden.

In der Polizeikaserne konnte mit Zustimmung der Offiziere eine Versammlung der verhafteten Nazis mit einem herbeigeholten Referenten abgehalten werden. Es wurde auf Grund kommunistischer Enthüllungen ein Ausschuss zur Unterbindung der Zerlegungsarbeiten der Nazis bei der Schupo eingesetzt.

17 Prozent Lohnraub bei Reineder

Der Großindustrielle Reineder in Chemnitz hat der Schupo einen Lohnraub von 17 Prozent angelündigt und damit Massenentlassungen. Diese unorthodoxe Provokation ist damit begründet, daß das Reich eine größere Währungsreform durchzuführen übernehme soll. Reineder versucht also, beiden Seiten einen Druck zur Steigerung seiner Produktionskosten auszuüben. Die Empörung der Belegschaft ist ungeheuer. Dieser Lohnraubverstoß des Reineders ist ein zeitlich ein Ausstoß für den allgemeinen Lohnraub in der deutschen Metallindustrie, deshalb ist seine Niederwerfung die gesamte sächsische Metallarbeiterchaft von Bedeutung!

Bauernrebellion im Allgäu

Regierungsvertreter am Sprechen verhindert. Selbsthilfe der Bauern

Am 2. Dezember fand in Kempten im Allgäu eine Kundgebung des Allgäuer Bauernverbandes gegen die Vernichtung des Allgäuer Bauerntums statt. Die Versammlung war einberufen von der Neuen Bauernbewegung Südbayerens. Weit über 1000 Bauern waren zu der Versammlung erschienen. Das Referat des Regierungsvertreters von Hahnlein, daß die Staatsregierung immer bestrebt gewesen sei, die Belange der Allgäuer Landwirtschaft zu vertreten, wurde durch hitzerische Zurufe unterbrochen, so daß er wiederholt nicht in der Lage war, weiterzusprechen. Zum Schluß wurde einstimmig eine Entschickung angenommen, in der eine Reihe von Forderungen an die Reichs- und Landesregierung aufgestellt werden. U. a. Aufhebung der Schlagschleuse, Bereitstellung von Mitteln zur Bayerische Landesbedarfsbank für Kredite für die Klein- und Mittelbauern, Senkung der Strompreise für Kraft und Licht, Herabsetzung der Gebühren für Kerkie und Fellschlehaner, Aufhebung der Zölle für Futtergetreide.

Eine bürgerliche Pressekorrespondenz, meldet weiterhin: „Sollten innerhalb vier Wochen durch die Reichs- und Landesregierung die zu Recht gestellten und durchführbaren Forderungen nicht erfüllt werden, dann wird der wieder abzuhaltende

Allgäuer Bauerntag weitere Selbsthilfemaßnahmen festsetzen.“

Der Bauerntag im Allgäu zeigt deutlich die wachsende Rebellion der kleinen und mittleren Bauern gegen die Hochschulzölle und gegen die Ausplünderung durch Steuern und ungerechtfertigt hohe Strompreise.

Brüningdiktat nächste Woche

Falschlische „Weihnachts-Burgfrieden“ inbegriffen

Die Brüningregierung hat ein Redaktionskomitee eingesetzt, um die neue Notverordnung spätestens am kommenden Dienstag fertigzustellen. Wie der „Anzeiger“ heute mitteilt, ist von Preis- und Tarifsenkung „nicht viel zu erwarten“. Fest steht dagegen der Lohn- und Gehaltsabbau, wobei auch Sachlen trotz des vor kurzem durchgeführten eigenen Abbaues erneut die Beamtenegehälter kürzen wird.

In dieser Verordnung kommt dann noch die Verschärfung der Bestimmungen bei Waffenbesitz und Waffengebrauch. Außerdem soll der neue falschlische „Weihnachtsburgfrieden“ vom 20. Dezember bis zum 6. Januar verhängt werden! Das alles geschieht in Einverständnis mit der Brüningregierung, deren Verbot der „Sonntagsverordnungen“ der „Vorläufer“ dieses Reichshofrats-Gesetzes darstellt.